

Studierendenparlament der JLU  
Otto-Behaghel-Str. 25 D  
35394 Gießen

Vorab als PDF per Mail

STUDIÉRENDSCHAFT DER JLU

**Allgemeiner Studierendenausschuss**

Name des Referats: Wohnen und Soziales

Referent\*in: Mark Müller

Jürgen-Dietz-Haus  
Otto-Behaghel-Straße 25 D  
35394 Gießen

Telefon: 0641 99 14800

Fax: 0641 99-14799

UST-IdNr.: DE345544412

E-Mail: ...@asta-giessen.de

Gießen, 12. November 2023

Antrag: Umsetzung Schritt 1 des StuPa Antrags „Antrag zu KfW Zinserhöhung“

---

A. Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Versandt der Pressemitteilung „Schuldenfalle stoppen, Chancengleichheit herstellen, KfW Zinssatz senken!“
2. Weiterleitung der Resolution „Stoppt die KfW - Schuldenfalle für Studierende!“ an die hessische Landesregierung, sowie das Bundesministerium für Bildung.

B. Begründung:

Umsetzung des Beschlusses des Antrags „**Antrag zu KfW-Zinserhöhung**“ des Studierendenparlaments aus der Sitzung vom 26.10.2023.

C. Anhang:

# Stoppt die KfW-Schuldenfalle für Studierende!

Die Zinserhöhung der KfW Bank stellt eine untragbare Belastung für Studierende dar und verschärft soziale Ungleichheit. Studieren darf keine Frage des sozialen Hintergrunds sein! Durch die unplanbaren Änderungen des Zinssatzes des Studienkredits, die mit einer starken Erhöhung der Zinsen einhergehen, starten Studierende aus verschiedenen sozialen Hintergründen mit hohen Schulden in die Berufswelt. Trotz der theoretischen Möglichkeit die Zinsen monatlich abzutragen, ist dieses Vorhaben für viele Studierende nicht umsetzbar. So tappen Studierende notgedrungen in die Schuldenfalle.

## 1. CHANCENGLEICHHEIT IST AUCH EINE FRAGE DER STUDIENTFINANZIERUNG

---

Die ungebremste Zinserhöhung der KfW Bank widerspricht dem gesellschaftlichen Ziel, allen Menschen unabhängig der sozialen Herkunft einen freien gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Der KfW-Studienkredit wurde als Instrument, zur Unterstützung Studierender aus finanziell schwächeren Hintergründen, geschaffen.

Die Erhöhung der Zinsen ist ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung die Bildungspolitik vernachlässigt. Darüber hinaus werden Studierende mit der Verantwortung der Studienfinanzierung alleingelassen.

In Deutschland erhalten nach Angaben des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) ca. 63.000 Studierende Geld aus einem Studienkredit oder Bildungsfonds. Für viele Studierende geht die Ausbildung wegen der gestiegenen Zinsen nun mit deutlich höheren Kosten einher.

Der KfW-Studienkredit orientiert sich an dem europäischen Referenzzinssatz Euribor.

Allerdings liegt der bei derzeit gerade mal 4,1 Prozent. Die KfW Bank schlägt aktuell satte 5% auf den Zinssatz von Euribor auf.

Sie argumentiert, dass Sie durch die Unsicherheit der Bonität der Kreditnehmer ein hohes Risiko eingehe. Des Weiteren decke sie mit der Zinserhöhung nur ihre eigenen Kosten. Sie verweist darauf, dass der KfW-Kredit nur ein Baustein der Studienfinanzierung sein könne und erwähnt in diesem Zusammenhang weitere Bausteine wie Eltern, Nebenjobs und BAföG.

Was dabei allerdings in Vergessenheit gerät: Nicht alle Studierende haben die Möglichkeit auf diese Bausteine zuzugreifen. Die Aussage der KfW Bank verdeutlicht die reale Chancengleichheit für Studierende, die keinen finanziellen Rückhalt durch die Eltern haben. Darüber hinaus kann nicht jede\*r Studierende durch einen Nebenjob finanzieren. Studierende Eltern beispielsweise fallen in diesem System einfach hinten runter. Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland, aus finanziellen Gründen, ihr Studium abbrechen müssen oder es gar nicht erst beginnen! Die Regierung hat bereits 2008 in die Zinserhöhung der KfW Bank eingegriffen. Darüber hinaus wurde in Zeiten der Corona Pandemie der Zinssatz auf 0,0 % gesenkt. Nun soll dies nach Angabe des Bildungsministeriums nicht möglich sein, da die KfW Bank ein eigenständiges Institut ist und der Haushalt das nicht hergebe. Dabei haben die Ampelparteien im Koalitionsvertrag "Bildung und Chancen für alle" versprochen. Das zeigt uns, scheinbar fehlt einfach politischer Wille.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf ihr Versprechen in die Tat umzusetzen, mehr in Bildung zu investieren und damit für eine ausreichende und gerechte Finanzierung des Hochschulsystems zu sorgen. Das Bildungsministerium unter der Führung von Bettina Stark-Watzinger muss eine Lösung in Zusammenarbeit mit der KfW Bank finden, Gespräche allein helfen den Studierenden nicht!

## 2. KONKRETE FORDERUNGEN DER STUDIERENDENSCHAFT

---

1. Jetzt Schuldenfalle stoppen! Die Bundesregierung muss eine Lösung mit der KfW finden, damit der effektive Zinssatz wieder unter 5% fällt.
2. Wir benötigen mehr Planbarkeit der Studienfinanzierung! Wir fordern den Stopp der Zinsdynamisierung alle 6 Monate. Wir fordern eine Festschreibung des Zinssatzes für den Studienkredit!
3. Reale Chancengleichheit schaffen! Die Förderung nach BAföG muss weiter ausgebaut werden. BAföG-Berechtigte dürfen keine Kredite benötigen, um ihr tägliches Leben zu finanzieren.
4. Wir fordern eine barrierefreie Informationskampagne zum KfW-Studienkredit, sowie weiteren Förderungsmöglichkeiten der Studienfinanzierung!

## PRESSEMITTEILUNG:

### SCHULDENFALLE STOPPEN, CHANCENGLEICHHEIT HERSTELLEN, KfW ZINSSATZ SENKEN!

---

Die ungebremste Zinserhöhung der KfW Bank widerspricht dem gesellschaftlichen Ziel, allen Menschen unabhängig der sozialen Herkunft einen freien gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Der KfW-Studienkredit wurde als Instrument, zur Unterstützung Studierender aus finanziell schwächeren Hintergründen, geschaffen. Die Erhöhung der Zinsen ist ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung die Bildungspolitik vernachlässigt. Niclas Goldbach, Referent für Wohnen und Soziales ist der Meinung: „Darüber hinaus werden Studierende mit der Verantwortung der Studienfinanzierung alleingelassen.“

In Deutschland erhalten nach Angaben des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) ca. 63.000 Studierende Geld aus einem Studienkredit oder Bildungsfonds. Für viele Studierende geht die Ausbildung, aufgrund der gestiegenen Zinsen, mit deutlich höheren Kosten einher. Der KfW-Studienkredit orientiert sich an dem europäischen Referenzzinssatz Euribor. Allerdings liegt der bei derzeit gerade mal 4,1 Prozent. Die KfW Bank schlägt aktuell satte 5% auf den Zinssatz von Euribor auf. Sie argumentiert, dass Sie durch die Unsicherheit der Bonität der Kreditnehmer ein hohes Risiko eingehen. Des Weiteren decke sie mit der Zinserhöhung nur ihre eigenen Kosten. Sie verweist darauf, dass der KfW-Kredit nur ein Baustein der Studienfinanzierung sein könne und erwähnt in diesem Zusammenhang weitere Bausteine wie Eltern, Nebenjobs und BAföG.

Mark Müller, Referent für Wohnen und Soziales sagt: „Was dabei allerdings in Vergessenheit gerät: Nicht alle Studierende haben die Möglichkeit auf diese Bausteine zuzugreifen. Die Aussage der KfW Bank verdeutlicht die reale Chancenungleichheit für Studierende, die keinen finanziellen Rückhalt durch die Eltern haben. Darüber hinaus kann nicht jede\*r Studierende durch einen Nebenjob finanzieren. Studierende Eltern beispielsweise fallen in diesem System einfach hinten runter.“

Für Gabriel Abdi, Referent für Wohnen und Soziales, steht fest: „Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland, aus finanziellen Gründen, ihr Studium abbrechen müssen oder es gar nicht erst beginnen!“

Die Regierung hat bereits 2008 in die Zinserhöhung der KfW eingegriffen. Darüber hinaus wurde in Zeiten der Corona Pandemie der Zinssatz auf 0,0 % gesenkt. Nun soll dies nach Angabe des Bildungsministeriums nicht möglich sein, da die KfW ein eigenständiges Institut ist und der Haushalt das nicht hergibt. Dabei haben die Ampelparteien im Koalitionsvertrag "Bildung und Chancen für alle" versprochen. Das zeigt uns, scheinbar fehlt einfach politischer Wille.

Wir verurteilen die Zinserhöhung aufs Schärfste und fordern die Bundesregierung auf ihr Versprechen in die Tat umzusetzen, mehr in Bildung zu investieren und damit für eine ausreichende und gerechte Finanzierung des Hochschulsystems zu sorgen. Das Bildungsministerium unter der Führung von Bettina Stark-Watzinger muss eine Lösung in Zusammenarbeit mit der KfW Bank finden, Gespräche allein helfen den Studierenden nicht!